

Das Magazin der Jungen Union Niedersachsen

Streitroß



Nr. 33

Januar 2001

13. Jahrgang

8

Außenansichten

Streitroß - Gastautor Klaus J. Bade

Jan. 2001

Unübersichtlichkeit und Vereinfachung:

Käseglocken im Einwanderungsland wider Willen

Klaus J. Bade, Europa in Bewegung. Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München 2000 (C. H. Beck Verlag), 59,80 DM.



Drehen die Deutschen wirklich periodisch durch? Werden sie, wie der amerikanische Historiker Gordon Craig einmal gesagt hat, alle Jahre wieder anfallartig von einer Identitätskrise heimgesucht, bei der sie irritiert aus ihrem alltäglichen Gewusel aufschrecken und sich fragen: «Wer sind wir?» oder: «Was ist deutsch?» Gemach, im Kern fragen sich die anderen in Europa das auch, nur eben anders: Wenn es denn in Kopenhagen und London die Klage über «undänisches» oder «unbritisches» Verhalten gibt, darf getrost angenommen werden, dass man auch Vorstellungen davon hat, was «dänisch» oder «britisch» ist. Heute streiten sich auch die Italiener um Fragen ihrer «Identität», in der Konfrontation mit der starken Zuwanderung aus dem Süden nämlich. Aber ein böser Unterschied liegt quer – die deutsche Geschichte, nach der eben manches nicht mehr so geht, wie es andernorts noch gehen mag. Das ist das eine.

Das andere: In Sachen Migration und Integration sind die Probleme in Deutschland für viele unübersichtlicher geworden. Wie einfach schien das noch, als es vor allem «Gastarbeiter» gab, obgleich auch das schon vielen unheimlich war, die damals, in den 1960er Jahren, von der «Zeitbombe Gastarbeiterfrage» sprachen. Ex-

plodiert ist sie nicht, die gefürchtete Bombe. Stattdessen hat sie ihre vermeintliche Sprengkraft verloren – durch jene stets fortschreitende Integration, die ein gesellschaftliches und kulturelles Geschäft auf Gegenseitigkeit ist und deshalb beide Seiten verändert. Aber übersichtlicher ist die Einwanderungsgesellschaft für viele dadurch nicht geworden; denn es gibt nun obendrein neben Einheimischen und Ausländern auch «ausländische Inländer» oder «einheimische Ausländer» und außerdem noch «fremde Deutsche» – die «Aussiedler» bzw. «Spätaussiedler» genannten Einwanderer aus dem deutschen Osten. Und dann wird auch noch von dauerhaften weiteren Einwanderungen und außerdem noch von der Ost-Erweiterung der EU mit wieder besonderen Zuwanderungen geredet...

Bewegungen von Menschen über Grenzen können zu kultureller Bereicherung führen. Aber der Weg dahin ist eben nur im sozialromantischen Märchen eine fröhliche Rutschbahn in ein buntes Paradies. In der gesellschaftlichen Wirklichkeit war und ist die interkulturelle Herausforderung oft auch bestimmt durch Spannung, Reibung und Konflikt. All das macht vielen Angst.

Der meistgenutzte Fluchtweg aus gesellschaftlicher Unübersichtlichkeit führt unter die Käseglocken der großen Vereinfacher. Auf einer steht «Leitkultur». Dagegen werden Denk- und Sprechverbote beantragt, die nicht minder hilflos sind. Argumente sind besser; zum Beispiel dieses: Kultur ist kein Zustand, sondern ein historischer Prozess, in dem jede Zeit ihre eigene Form gewinnt. Deshalb spricht aus dem Festhalten an der «Leitkultur» nur die Angst vor der eigenen Unsicherheit. Sie könnte ersetzt werden durch berechtigten Stolz – nicht auf das «Deutschtum», sondern auf die Verfassung dieses Landes und auf die darauf gegrün-

dete politische Kultur, an der sich, keine Frage, auch die Einwanderer zu orientieren haben.

Auf einer anderen Käseglocke steht neuerdings ein Nonsens-Dementi: «Die Bundesrepublik ist kein klassisches Einwanderungsland». Natürlich nicht; denn in «klassischen» Einwanderungsländern wie die Vereinigten Staaten, Australien und Neuseeland sind Bevölkerung, Wirtschaft und Gesellschaft, wie man sie heute kennt, erst durch den Einwanderungsprozess entstanden – in der Regel nach der Unterdrückung, Verdrängung, zum Teil auch der Ausrottung von «Urbewölkerungen», die in Wirklichkeit nur früher zugewandert waren: Indianer in Nordamerika, Aborigines in Australien, Maori in Neuseeland.

Ein modernes Einwanderungsland aber war die Bundesrepublik Deutschland spätestens seit den frühen 1980er Jahren schon im kulturellen und sozialen, wenn auch noch nicht im rechtlichen Sinne. Das hat sich schrittweise geändert durch die Reform des Ausländerrechts von 1990/91 mit ihren Einbürgerungserleichterungen und vor allem durch die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts von 1999/2000 mit der Einführung des Erwerbs der Staatsangehörigkeit durch Geburt im Land. Damit ist Deutschland rechtsgeschichtlich deutlich vorangeschritten in einer Entwicklung, die man als Weg vom informellen zum formellen Einwanderungsland bezeichnen könnte.

Was noch fehlt, ist die aktive Gestaltung durch umfassende Einwanderungsgesetzgebung und Einwanderungspolitik, die sich auf transparente und gesell-



Der Osnabrücker Migrationshistoriker Prof. Dr. Klaus J. Bade arbeitet zur Zeit am Wissenschaftskolleg Berlin. Er hat zahlreiche Bücher zum Thema vorgelegt. Foto: Uni Osnabrück

schaftlich vermittelbare Konzepte stützen muss. Die wären entscheidend auch für die weithin noch immer mangelnde mentale Akzeptanz des faktisch längst vollzogenen Wandels zum Einwanderungsland. Voraussetzung dazu ist ein politischer Fundamentalkonsens in den unerbittlich anstehenden Gestaltungsfragen.

Den hätte man nicht erst in abgetauchten, still und getrennt arbeitenden Zuwanderungskommissionen vorbereiten müssen, sondern auch gleich direkt suchen können, in jener parteiübergreifenden Abstimmung nämlich, an der doch ohnehin kein Weg vorbei führt. Jetzt schlagen über den Kommissionen auf Tauchstation schon die Wellen des Vorwahlkampfes zusammen. Deshalb sollte sich auch die Regierungskommission nach außen öffnen und zumindest Zwischensignale senden.

Wenn statt dessen gesagt wird, man möge doch abwarten, bis die

Zuwanderungskommission der Bundesregierung im Sommer 2001 mit ihrer Arbeit fertig sei, um dann zu entscheiden, ob man überhaupt ein umfassendes und transparentes Gesetzgebungswerk brauche, dann wird Verzögerungstaktik unverkennbar; denn es geht längst nicht mehr um das Ob, sondern nur mehr um das Wie. Und dafür müssen die Eckpositionen aller Parteien möglichst rasch auf den Verhandlungstisch – unter dem Tisch liegen sie sowieso; denn jede Partei hat ihren Gesetzentwurf längst in der Schublade.

Würde man damit warten, bis die Regierungskommission im nächsten Sommer ihren Bericht vorlegt, dann wäre ein prekäres politisches Ergebnis vorstellbar: Die Regierung dürfte auf die sicher solide Arbeit der Kommission pochen. Die Opposition würde, gegebenenfalls mit dem Brecheisen, nach Schwachstellen suchen und von der ob solchen Tuns beleidigten Koalition prompt des Mangels an gutem Willen bezichtigt werden. Diese Haltung der Koalition wiederum würde von der Opposition ebenso prompt als Zeichen der Schwäche angeprangert. Die Koalition würde, wie schon mehrfach angedroht, unter Hinweis auf den «Missbrauch» des Themas zu Wahlkampfzwecken die Notbremse ziehen und versuchen, das brisante Thema doch noch über den Wahlkampf hinweg in die nächste Legislaturperiode zu stemmen. Damit aber würde sie der Opposition vollends die offene Flanke zeigen...

Sicher ist bislang nur dies: Das Thema wird im Wahlkampf eine erhebliche Rolle spielen – nicht obgleich, sondern gerade weil es von gesellschaftspolitischer Brisanz ist. Umso wichtiger wäre es, möglichst rasch wenigstens den durchaus vorhandenen Minimalkonsens in Sachen Migration und Integration nach außen hin deutlicher werden zu lassen.